

Diese Steuerfüsse sollen 2021 gelten

Budgets In den kommenden Wochen befinden die Stimmbürger der Luzerner Gemeinden über die Budgets für das nächste Jahr. In der Mehrheit der Gemeinden entscheiden die Stimmberechtigten aufgrund der Coronapandemie an der Urne, einige Luzerner Gemeinden halten aber mit Schutzkonzepten an ihrer Gemeindeversammlung fest.

Alberswil

Die Gemeinde Alberswil rechnet beim Budget 2021 mit einem Plus von knapp 9000 Franken – bei einem Gesamtaufwand von knapp 3,5 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll von 2,05 Einheiten wieder auf 2,15 Einheiten angehoben werden. Die Senkung für das aktuelle Jahr war eine Folge der kantonalen Aufgaben- und Finanzreform. Der Gemeinderat rechnet 2021 mit Investitionsausgaben von rund 300 000 Franken. Die Gemeindeversammlung vom 27. November wurde abgesagt. Die Stimmbürger können am 20. Dezember über das Budget 2021 befinden.

Altshofen

Das Budget 2021 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von knapp 237 000 Franken ab. Der Gesamtaufwand liegt bei knapp 14,4 Millionen Franken. Die Nettoinvestitionen betragen rund 1,4 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll wie im Vorjahr bei 1,70 Einheiten belassen werden. Der Gemeinderat hat, unter anderem wegen der Pandemie, entschieden, die erwarteten Steuereinnahmen von 5,7 Millionen Franken im Budget 2020 auf 5,5 Millionen Franken zu reduzieren. Erwartet werden ausserdem höhere Auslagen im Sozialbereich. Diese wurden mit Mehraufwänden von 68 000 Franken im Bereich Soziales berücksichtigt. Die Budgetversammlung soll am Mittwoch, 25. November 2020, stattfinden.

Hasle

Der Gemeinderat von Hasle rechnet für das kommende Jahr mit einem Aufwandüberschuss von rund 384 000 Franken – bei einem Gesamtaufwand von rund 12,4 Millionen Franken. Der Steuerfuss soll – wie im laufenden Jahr – bei 2,30 Einheiten belassen werden. Die Nettoinvestitionen werden bei rund 1,33 Millionen Franken budgetiert. Die Stimmbürger können an der Gemeindeversammlung vom Freitag, 20. November, über das Budget 2021 befinden.

Menzna

In Menznau findet die Gemeindeversammlung am Donnerstag, 26. November 2020, statt. Die Menznauer können über ein Budget 2021 mit einem Gesamtaufwand von rund 23,9 Millionen Franken befinden. Die Gemeinde rechnet für das kommende Jahr mit einem Plus von 30 500 Franken. Beantragt wird ein gleichbleibender Steuerfuss von 2,1 Einheiten. Vorgesehen sind 2021 Nettoinvestitionen von 2,07 Millionen Franken. (rt)

Zwei Staatsebenen nähern sich an

Misstöne zwischen Bund und Kantonen? Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga hat gestern Luzern besucht.



Luzerns Stadtpräsident Beat Züsli und die Regierungsräte Guido Graf sowie Reto Wyss (von links) verfolgen Simonetta Sommarugas Rede.

Bild: Pius Amrein (Luzern, 16. Nov. 2020)

Alexander von Däniken

Hochrangiger Besuch am Montagvormittag in Luzern: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (60) hat sich mit Vertretern des Luzerner Regierungsrats, des Stadtrats und des kantonalen Spitexverbands zum Austausch getroffen. Die SP-Magistratin und Vorsteherin des eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation betonte an einer Medienkonferenz an der Uni Luzern, wie wichtig ein solcher Austausch sei.

In der Tat: Nach dem Lockdown gab der Bundesrat einen grossen Teil der Entscheidungskompetenz an die Kantone zurück, war dann aber nicht immer zufrieden. Die Kantone sollten griffigere Massnahmen ergreifen und in ihren Spitälern mehr Kapazitäten für Covid-Patienten schaffen, halte es aus Bundesbern. Auf entsprechende Frage unserer Zeitung sprach Sommaruga nun von einem Lernpro-

zess, der erste Früchte trage: «Es gab Reibungen, aber wir haben dazugelernt.» Dazu würden regelmässige Besuche von Bundesräten in den Kantonen und Gemeinden gehören. Vieles laufe schon besser. «Es wird wohl auch in Zukunft Friktionen geben, sie dürften aber weniger heftig werden, weil man sich nun persönlich kennt.»

Lage trotz sinkender Zahlen noch ernst

In einer kurzen Rede betonte die Bundespräsidentin, dass sich die Fallzahlen schweizweit zwar abflachen, die Situation aber nach wie vor ernst sei. Es sei wichtig, dass Bund, Kanton und Gemeinden eng zusammenarbeiten und auch die Bevölkerung die Abstands- und Hygieneregeln einhalte. Das gelinge hier gut: «Der Kanton Luzern hat die Situation im Griff.»

Sommaruga bedankte sich vor allem beim kantonalen Spitexverband und damit den Pflegerinnen und Pflegern. Ein-

druck machte ihr, dass die Luzerner Spitex im Gegensatz zu den meisten anderen Kantonen von Anfang an in den Krisenstab eingebunden ist. Jim Wolanin, der Präsident des kantonalen Spitexverbands, gab die Blumen auf Anfrage unserer Zeitung der Bundesrätin zurück: «Ich bin sehr beeindruckt, dass sie sich für uns Zeit genom-

«Ich bin sehr beeindruckt, dass sich Simonetta Sommaruga für uns Zeit genommen hat.»

Jim Wolanin
Präsident Spitexverband
Kanton Luzern

men hat.» Sommaruga habe am Freitag mit einer Klientin telefoniert und auch mit einer Pflegerin gesprochen.

«Einige Mitarbeiterinnen sind am Anschlag»

Die Mitarbeiterinnen der öffentlichen Spitex betreuen im Kanton Luzern auch Covid-19-Patienten. Lässt es der Gesundheitszustand zu, können so die Spitäler entlastet werden. Wolanin verhehlt nicht, dass dieser Sondereffort an die Substanz geht: «Einige Mitarbeiterinnen sind am Anschlag.» Der Spitexverband habe sich bei Sommaruga dafür starkgemacht, dass die Pflegerinnen mehr Kompetenzen und mehr Lohn erhalten.

Gerade höher qualifizierte Pflegerinnen sollten laut Wolanin besser entlohnt werden. Und dass ein Arzt vorschreibe, wie lange ein Klient geduscht werde, sei stossend. Schliesslich hätten die Pflegerinnen regelmässig Kontakt mit den Klienten. Trotzdem: Ist Sommarugas Besuch

nicht einfach eine Zugabe zum Applaus der Bevölkerung vom Frühling? Tatsächlich reicht der Besuch laut Wolanin nicht. «Aber wir haben unsere Anliegen nun direkt deponiert und hoffen, dass diese Notlage zeigt, wie wichtig die Spitex für die Gesellschaft ist.»

Das erwähnten in ihren Reden auch die Regierungsräte Guido Graf (CVP) und Reto Wyss (CVP) sowie der Luzerner Stadtpräsident Beat Züsli (SP). «Der Beitrag der Spitex vor Ort ist enorm wichtig», so Graf. Wyss und Züsli schöpften derweil aus der Annäherung zwischen Bund und Kantonen Hoffnung für die Wirtschaft. Laut Wyss ist die kommende Härtefallregelung ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit. Dort gibt der Bund den Rahmen vor und beteiligt sich zu 50 Prozent, die Kantone regeln die Details. Und Züsli war froh, dass sich Sommaruga explizit auch für den in der Stadt so wichtigen Tourismus, aber auch die Kultur interessierte.

SP fordert 50 Millionen für Härtefälle

Mit einer Petition und Vorstössen will die SP die Regierung zum Einlenken bewegen.

25 Millionen will der Kanton Luzern für Härtefallmassnahmen für die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie bereitstellen. Das sei viel zu wenig, moniert nun die SP. «Allen Beteiligten ist aber bereits jetzt klar, dass dieser Betrag völlig unzureichend ist und noch deutlich mehr Mittel benötigt werden», heisst es in einer Mitteilung der Partei. Die SP will den Betrag verdoppeln: «Es braucht 50 Millionen Franken für Härtefälle im Kanton Luzern.»

Zudem stören sich die Sozialdemokraten daran, dass die

Regierung die Referendumsfrist abwarten will, bevor Geld fliesst. «Aufgrund der gesetzlichen unvermeidlichen Referendumsfrist einfach bis Februar zu warten, geht gar nicht und würde für erste Betriebe bereits das Aus bedeuten», so die SP. Sie fordert darum mittels Postulat, dass zur Überbrückung bis Februar 2021 3 Millionen Franken bereitgestellt werden und Hilfe für Härtefälle «unbürokratisch» geleistet werde.

Zur Finanzierung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie will die SP die Abgeltung für

die Staatsgarantie der Luzerner Kantonalbank zwischen 2022 und 2024 von 7 auf 21 Millionen Franken erhöhen. Dazu hat die Partei eine Motion eingereicht.

SP hat zusätzlich eine Petition lanciert

Ein dritter Vorstoss fordert die Einrichtung eines Forschungs- und Innovationsfonds, der mit öffentlichen Geldern gespiesen werden soll und mit dem «innovative Entwicklungsprojekte zwischen Hochschulen und Luzerner Firmen» gefördert werden sollen. Jährlich sollen 2 Mil-

lionen Franken in diesen Fonds fließen. Als Vorbild nennt die SP den Kanton Aargau, der seit über zehn Jahren einen solchen Fonds kennt.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat die SP zusätzlich eine Petition lanciert. Darin fordert sie «Nothilfe sofort», Nothilfe für alle betroffenen Betriebe sowie den erwähnten Innovationsfonds.

Der Kantonsrat behandelt das Härtefallpaket in seiner Dezembersession. Dabei entscheidet er auch über die Dringlichkeit der drei SP-Vorstösse. (dlw)

CVP lehnt alle Initiativen ab

Abstimmungen Die CVP des Kantons Luzern hat ihre Parolen für den Urnengang vom 29. November gefasst. Auf kantonalen Ebene lehnt die wählerstärkste Partei Luzerns die beiden Kulturlandinitiativen ab. Sie befürwortet stattdessen den Gegenvorschlag von Regierung und Parlament.

Auch auf nationaler Ebene stossen die zwei Initiativen bei der CVP auf wenig Gegenliebe. Sowohl die Konzernverantwortungsinitiative als auch die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» lehnen die Delegierten ab. (dlw)